

7.3.2 Gemeinwohl: Wertgegenstand gemeinwirtschaftlicher Verantwortung

In der Diskussion um den ausufernden Kapitalismuswahn werfen Politiker wie Wirtschaftsfachleute gerne die Zügellosigkeit des Liberalismusarguments in die Debatte. Demnach soll der gemäßigte Kapitalismus im Sinne der sozialen Marktwirtschaft das einzig wahre Rezept sein, welches nach wie vor seine Gültigkeit hätte, und nur vom ausbeuterisch-exzessiven Neo-Liberalismus, der, wenn auch vielleicht nicht seine Geburtsstunde, so doch seine Verbreitung vor allem unter Präsident Reagan und Lady Thatcher hatte (Reaganismus und Thatcherismus wurden zu Wirtschaftsbegriffen, welche die absolute Marktfreiheit verfochten), aus den Angeln gehoben worden wäre. Solche 'Expertisen' beruhen entweder auf wirtschaftspolitischer Ignoranz oder auf bewusstem Betrug (vgl. Abschnitt 7.2.5.3.3). Vor nunmehr fast 30 Jahren, zur Bundestagswahl 1980 und damit deutlich bevor Reagan und Thatcher ihre raubtierkapitalistischen Ideologien verwirklichen konnten, mahnten die deutschen Bischöfe schon mit überaus eindeutigen Worten den Vorrang des Gemeinwohls vor jeglichen Interessen der Wirtschaft an:

*"Notwendig ist auch eine Politik, die das Gemeinwohl gegen ausufernde Privat- und Gruppeninteressen durchsetzt und zugleich die Grenzen der Zuständigkeit des Staates achtet. Seit Jahren stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Gefahr, über unsere Verhältnisse zu leben und damit die Lebenschancen unserer Kinder zu belasten. Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratisierung und die gefährlich hohe Staatsverschuldung müssen jetzt korrigiert werden. Es ist ein Trugschluß zu meinen, der Staat könne alles, und insbesondere, er könne alles besser machen. Der Staat ist dem Gemeinwohl, also der Sicherung und der Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Bürger, verpflichtet. Dieser Verpflichtung wird er am besten gerecht, wenn er die Initiative, die Anstrengung und die persönliche Verantwortung der einzelnen und der Gruppen herausfordert und stärkt."*³⁵² (Hervorhebung von mir)

Die Stärkung privater Initiative, Anstrengung und Verantwortung kann aber nur wirklich gelingen, wenn und wo der Einzelne sich nicht Wirtschafts-, Partei-, Verbands-, Gruppen- und anderen Interessen beugen muss, nur weil diese mehrheits- oder statusbedingt am längeren Hebel sitzen. Deutlich hebt sich auch hier wiederum die christliche Wahrheitsmaxime ab, nach der Wahrheit, und damit Recht und Gerechtigkeit, nicht notwendigerweise mehrheitsfähig zu sein haben würden, sondern vielmehr gebunden sind an der Wahrheit, die uns in und mit der Lebensmaxime Jesu überliefert ist.

³⁵² Wort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl 1980

Solange wir an dieser Wahrheit vorbei gehen und sie als überholt oder nicht 'marktfähig' o.ä. betrachten, so lange werden wir im Wust der Meinungen und Interessen schwimmen und dabei von Tag zu Tag mehr Kraft verlieren und schließlich – wie viele einsichtige Köpfe vor uns schon – untergehen. Dies betrifft auch die Einschätzung jenes Rheinischen Kapitalismus, der von bestimmten Interessenvertretern mit leuchtenden Farben an den Horizont unseres meist kleinen Weltbildes gemalt wird.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Denn die sog. 'Soziale Marktwirtschaft' war beileibe nicht frei vom Virus der Ausbeutung und des Profitwahns und ihre sozialen Kontrollmechanismen hatten bereits nach 20 Jahren Laufzeit und noch unter SPD-Regierungen ihre Wirkung fast gänzlich verloren. Es ist schlicht falsch zu glauben, dass das Erhardsche Modell der sozialen Marktwirtschaft die Güter- und Geldströme gerecht verteilt hätte (vgl. wieder Abschnitt 7.2.5.3.3). Auch eine soziale Marktwirtschaft steht unter den Gesetzmäßigkeiten eines Marktes, in welchem der Mensch und seine Bedürfnisse nur unter Absatz- und Profitgesichtspunkten eine Rolle spielen. Was damals die Kirchen forderten, forderten sie von einer sozialen Marktwirtschaft, die ganz offensichtlich nicht in der Lage war, selbst diese Minimalforderungen – um nichts anderes handelt es sich vor dem Hintergrund des Anspruchs des Evangeliums – selbstständig und ohne Druckmittel in Gang zu setzen. Schon damals waren die Argumente dieser scheinbar so sozialen Marktwirtschaft fast ausschließlich marktwirtschaftlicher Natur. Das soziale Element, welches dem Schutz des Menschen vor Ausbeutung dienen sollte, wurde bestenfalls – und auch dies nur unter äußersten Druck der Gewerkschaften – als lästige Dreingabe verstanden, die schnellstmöglich und mit allen Mitteln abzubauen wäre.

In einem weiteren wirtschaftlichen Positionspapier ergänzen der Rat der EKD und die deutsche Bischofskonferenz: *"Die Kirchen treten ein, daß Solidarität und Gerechtigkeit als entscheidende Maßstäbe einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialpolitik allgemeine Geltung erhalten. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, in der gegenwärtigen Situation auf Perspektiven des christlichen Glaubens für ein humanes Gemeinwesen, auf das christliche Verständnis vom Menschen und auf unveräußerliche Grundwerte hinzuweisen. Solidarität und Gerechtigkeit sind notwendiger denn je. Tiefe Risse gehen durch unser Land: vor allem der von der Massenarbeitslosigkeit hervorgerufene Riß, aber auch der wachsende Riß zwischen Wohlstand und Armut oder der noch längst nicht geschlossene Riß zwischen Ost und West. Doch Solidarität und Gerechtigkeit genießen heute keine unangefochtene Wertschätzung. Dem Egoismus*

auf der individuellen Ebene entspricht die Neigung der gesellschaftlichen Gruppen, ihr partikulares Interesse dem Gemeinwohl rigoros vorzuordnen. Manche würden der regulativen Idee der Gerechtigkeit gern den Abschied geben. Sie glauben fälschlich, ein Ausgleich der Interessen stelle sich in der freien Marktwirtschaft von selbst ein. Für die Kirchen und Christen stellt dieser Befund eine große Herausforderung dar. Denn Solidarität und Gerechtigkeit gehören zum Herzstück jeder biblischen und christlichen Ethik.³⁵³

Dieser alte Irrglaube, dass sich in einer freien Organisationsform die jeweiligen Kräfte selber begrenzen, kontrollieren und damit dem Wohl des Ganzen dienen, scheint – trotz gegenteiliger Erkenntnisse der Neurobiologie, Epigenetik und Sozialpsychologie – nicht auszottbar zu sein. Es ist ein geistiges Perpeduum Mobile, dessen verführerische Anziehungskraft ganze Generationen von Theoretikern wie von Praktikern an der Realität des Lebens vorbeidenken ließ, immer im Wunsch, endlich jene lang ersehnte Lösung gefunden zu haben, die den Menschen ohne soziale Druckmittel sein Leben leben lässt und doch für Ordnung sorgt und den Gesellschaftsbetrieb am Laufen hält. Offensichtlich war es schon immer ein Wunschtraum des Menschen, die Individualinteressen ohne große Not und langen Diskussionsbedarf mit den Gemeinschaftsinteressen unter einen Hut zu bringen. Der Gedanke an die sog. Selbstregelungskräfte des Menschen oder in unserem Fall des Marktes ist von daher immens verführerisch.

Ergänzend und gleichzeitig spezifizierend fügt die Enzyklika Centesimus Annus diesen Grundgedanken weitere gedankliche Grundforderungen an: *„Weil der Mensch auf Mit-Sein angelegt ist, muß er sich mit denen, die in einem konkret-geschichtlichen Raum mit ihm Gesellschaft bilden, über das einig werden (sein), was man gemeinsam erreichen will (also über das 'gemeinsame Gute' = bonum commune) und wie dies konkret erreicht werden soll. Folglich umfasst das Gemeinwohl die Summe derjenigen Werte (Güter) sowie die zu ihrer Realisierung unverzichtbaren gesellschaftlichen Strukturen (Institutionen) und Verhaltensweisen (Tugenden), die Voraussetzung dafür sind, daß eine Gesellschaft überhaupt entsteht bzw. besteht und nicht auseinander fällt (Minimaldefinition). Je weitergehender sich die Bürger über dieses notwendige Minimum hinaus auf zusätzliche Werte zu einigen vermögen, desto reichhaltiger kann sich das Gemeinwohl der entsprechenden Kultur entfalten (Optimaldefinition).“³⁵⁴*

³⁵³ Positionspapier des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Grundgedanken, S.3 f., <http://www.ekd.de/EKD-Texte> S. 3 f.

³⁵⁴ Enzyklika Centesimus Annus (CA35), zitiert in: Lothar Roos, Das Menschenbild der Katholischen Soziallehre, in: Fromm und Erfolgreich, S. 12

Die christlichen Werte unserer Abendländischen Kultur und damit das Gemeinwohl der in ihr lebenden Menschen betont einerseits die Freiheit und damit Selbstverantwortlichkeit der Person und andererseits die Gleichheit und Unveräußerbarkeit dieser Würde für alle Menschen. Das sich daraus ergebende Solidaritätsprinzip versteht unter sozialer Gerechtigkeit die freiheitliche Entfaltung der unterschiedlichen menschlichen Gaben und Fähigkeiten in der (Selbst-)Verantwortung für die Gemeinschaft. Diese Selbstverantwortung setzt voraus, dass sich das Subjekt der christlichen Sozialethik verschrieben hat, nach der es *„... eine strenge Pflicht der Gerechtigkeit und Wahrheit ist, zu verhindern, daß die fundamentalen menschlichen Bedürfnisse unbefriedigt bleiben“*.³⁵⁵ Sie setzt aber auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Strukturen und Regelwerke voraus, die jede Form von Lobbyismus, Vetternwirtschaft und ähnliche seilschaftlichen Verflechtungen und vorteilsheischenden Mechanismen bereits im Keim ersticken. Gerade im gesellschaftlichen Bereich muss das Grundprinzip auf beiden Säulen beruhen: größtmögliches Vertrauen im großen gegenseitigen Miteinander und notwendige Kontrolle und Absicherung gegenüber jenen, die ersteres ausnützen wollen. Dies gilt auch für die nicht zu unterschätzende Gefahr, dass jedes am Gemeinwohl orientierte Versorgungsprinzip durch gedankenlose Abnutzung und Gewohnheit an Wert und damit an vorsorgender Wertschätzung verliert und so erneut zum Spielball grenzenloser Ausbeutung – oder gedankenloser Gewohnheit (sic!) – verkommt.

7.3.3 Der Schutz der Daseinsvorsorge

Dies bedeutet in der Praxis einerseits, dass zumindest im Zusammenhang mit der Er- und Bewirtschaftung der sog. 'Daseinsvorsorge'³⁵⁶, in der alle Produkte und Dienstleistungen zu einem öffentlichen Gut avancieren, welches über steuerliche Abgaben immer nur aufkommensneutral und zum Selbstkostenpreis erwirtschaftet bzw. geleistet werden kann, kapitalorientierter Privatunternehmen nichts zu suchen haben. Es bedeutet andererseits aber auch, dass eine übergeordnete neutrale Vergabestelle über die Rechtschaffenheit der jeweiligen Vergabekriterien befindet, da jede Art von Selbstbedienungsmentalität den Sinn und den Wert von Gemeingütern unterminiert. Vermehrt betrifft dies vor allem alle begrenzt verfügbaren öffentlichen Wirtschaftsgüter – wie dies immer deutlicher am Wirtschaftsgut 'Arbeit' nachzu-

³⁵⁵ ebd., S. 17

³⁵⁶ Der Begriff 'Daseinsvorsorge', wie er hier Verwendung findet, schließt vom Prinzip her alle Produkte und Dienstleistungen mit ein, bei denen eine öffentliches Interesse in einem reibungslosen Ablauf lebensnotwendiger öffentlicher Bedürfnisversorgung (von der Abfallbeseitigung über die medizinische bis hin zur öffentlichen Verkehrs und Wasserversorgung) voraussetzen ist.

weisen ist –, die sog. öffentliche Anrechtsgüter sind (jeder Bürger hat z.B. ein Recht auf eine angemessene Arbeit) und die unter rein wettbewerbsorientierten Maßstäben ihre Anrechthafte verlieren, da sie entweder zur Gewinn- oder zur Privilegienakkumulation neigen und damit letztlich Nullsummengesellschaften fördern, bei denen es immer Gewinner und Verlierer im darwinistischen Sinn gibt. Unter die Kategorie 'Anrechtsgut' fallen alle Güter oder Dienstleistungen, die öffentliche Bedürfnisse zu decken und nicht selbst verschuldete Lasten solidarisch aufzufangen haben und in dieser Bedürfnisdeckung und solidarischen Absicherung keine Alternative zulassen (z.B. Wasser wird auch im privaten Wettbewerb nicht alternativ betrieben werden können). Diese können nur gemeinwirtschaftlich, also zum Nutzen aller betrieben werden.

Zuvorderst sind hier wohl die sog. Pflichtversicherungen und hier ganz spezifisch das Krankenversicherungswesen zu erwähnen, gibt es im deutschen Gesundheitssystem doch seit langem einen eindeutigen Trend in Richtung einer Exklusivversicherung für die Besserverdienenden: Weil der öffentlichen Hand die finanziellen Mittel fehlen, werden immer mehr öffentlich-rechtliche Kliniken privatisiert. Gemeinnützige Einrichtungen, die einst wichtiger Teil einer flächendeckenden Patientenversorgung waren, werden dadurch zu profitorientierten Wirtschaftsunternehmen. Welche Risiken die gegenwärtige Entwicklung haben kann, zeigen die USA und Kanada. Dort ist das Gesundheitssystem bereits seit vielen Jahren überwiegend in privater Hand, was teilweise zu einer Art 'Rosinenpickerei' geführt hat: Statt flächendeckender Patientenversorgung und Gleichbehandlung aller Patienten finden sich in einigen Regionen nur noch Spezialkliniken, die wirtschaftlich besonders attraktive Leistungen anbieten.

Anrechtsgüter, die dem Gemeinwohl dienen, sind beispielsweise auch Grundstücke und Wohnungen, welche für öffentliche und soziale Zwecke in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden müssen. Ihre Qualität muss darüber hinaus für ein menschenwürdiges, sicheres und gesundes Leben bürgen, eine christliche Notwendigkeit, die nicht dem gängigen Preis- oder Profitdenken geopfert werden darf. Wohnsilos, Schlafbatterien oder Gettokasernen tragen nämlich nachweislich nicht zu einem solchen Wohnklima bei, sondern sie dienen lediglich den Finanzinteressen von Immobilienhainen und anderen Profitspekulanten (wie beispielsweise die niederländische Hausbesetzerszene deutlich macht), die auf engstem Raum größtmögliche finanzielle Ausnutzung erbeuten wollen. Sie führen im Gegenteil zu einer abschiebenden Gettoisierung jener, die keinen unmittelbaren gesell-

schaftlichen Nutzen mehr zu haben scheinen oder zu jenen Schichten gehören, bei denen keine Profite mehr zu erwarten sind. Die Umkehrung der biblischen Vorsorgebegrenzung (1 Tim 6,8) bedeutet dann allerdings auch, sich bei diesbezüglichen Mangelerscheinungen zur Wehr setzen zu dürfen, denn wo Nahrung, Kleidung oder Wohnraum fehlen – und das gilt weltweit – hat der Menschen auch keine Verpflichtung zur schweigenden Genügsamkeit. Im Gegenteil, er hat sogar die Pflicht, sich entsprechend für seine Rechte einzusetzen.

Umgekehrt fördern und verstärken die Finanzinteressen der Immobilienprofiteure direkt oder indirekt jene alles zerstörende Megalopolisierung³⁵⁷, welche die Umwelt auf das Schwerste schädigt und die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter öffnet. Schon heute leben mehr als eine Milliarde Menschen arm und ohne Rechte in den Slums, welche diese Ballungsgiganten umgeben (vgl. Abschnitt 7.7.7). In Afrika leben 62 Prozent aller Stadtbewohner in Slums, in den vier großen Slums von Kairo, der ägyptisch-arabischen Metropole mit bis zu 25 Millionen Einwohnern (Metropolregion³⁵⁸), sind es allein bis zu 10 Millionen – genau Zahlen gibt es nicht.³⁵⁹ In vielen dieser Großstadtdgettos leben über eine Million Einwohner auf knapp zwei Quadratkilometer – das ist etwa 4000 mal so viel wie in NRW, dem bevölkerungsreichsten Bundesland Deutschlands und der bevölkerungsreichsten Region Europas. Selbst völlig zugestellte Campingplätze sind immer noch wesentlich weniger dicht bewohnt als diese gigantischen Außenstadtbereiche. Aber auch in Asien sowie Mittel- und Südamerika, also in der armen Südhälfte der Erde, vermehren und vergrößern sich die Slums rapide. Man kann diesem Wachstum förmlich zuschauen, obwohl die Sterblichkeitsrate hier am höchsten ist. Hier vegetieren Menschen vor sich hin, eingepfercht in menschenunwürdige Wellblechbaracken oder alte Holzhütten, teilen sich teilweise mit mehr als zehn Menschen ein einziges Zimmer ohne jegliche sanitären Einrichtungen. Sie sind der grundlegendsten Menschenrechte beraubt, aber keine Zeitung und keine Kirche findet sich als ihr Anwalt gegenüber der Welt. Die meisten dieser Menschen verdienen nicht einmal einen US-Dollar am Tag. Sie alle weltweit haben zusammen weniger als die 20 reichsten US-Amerikaner.

³⁵⁷ Allein die Anzahl der Millionenstädte hat sich in den letzten 100 Jahren um den Faktor 40 erhöht. Die gesamte darin lebende Bevölkerung um mehr als den Faktor 100. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in urbanisierten Regionen.

³⁵⁸ <http://de.wikipedia.org/wiki/Kairo>

³⁵⁹ Amnesty International, 10/11, 2009, S. 32ff.